

Open Source

Open CoDE für Kooperation

[16.01.2024] Um Open Source rechtssicher einzusetzen und gemeinsam voranzubringen, tauschen sich aktuell mehr als 2.900 Nutzende aus Kommunen, Bund und Ländern sowie deren IT-Dienstleister auf der Plattform Open CoDE aus und entwickeln Code weiter.

Die Online-Plattform Open CoDE ist der zentrale Ort der deutschen Verwaltung für den Austausch von Open Source Software. Mehr als 2.900 Nutzende aus Kommunen, Bund und Ländern sowie deren IT-Dienstleister arbeiten hier bereits zusammen – gemeinsam sammeln sie Software, entwickeln Code weiter und tauschen sich in einer wachsenden Community aus. Im Fokus der aktuell über 900 Projekte umfassenden Community steht die rechtssichere Nutzung von Open Source für die öffentliche Hand. Eine wichtige Voraussetzung, um Open Source in Kommunen nutzen zu können, ist deren rechtssicherer Einsatz. Im Kern geht es dabei um Software mit vertrauenswürdigen Lizenzen, die ohne viel Prüfaufwand genutzt oder einem Dienstleister als sichere Basis zur weiteren Entwicklung zur Verfügung gestellt werden kann. Darin liegt ein spezifischer Mehrwert gegenüber internationalen Repositories und Diensten. Mit Open CoDE haben öffentliche IT-Verantwortliche ein gemeinsames Instrument an der Hand, um ihre Projekte vor Ort voranzubringen. Staatliche Stellen können zudem bei der Vergabe von Entwicklungs- und Förderaufträgen einen aktiven Beitrag für mehr digitale Souveränität leisten, indem sie die Programmierung und Bereitstellung von Projekten auf Open CoDE vorgeben. Bei seinem Smart-City-Programm für die Kommunen hat der Bund das bereits umgesetzt. Alternativen zu marktbeherrschenden Lösungen sollen gefördert und deren Nachnutzung erleichtert werden.

openDesk und BundesMessenger

Als Beispiele für konkrete Open-Source-Projekte auf Open CoDE können openDesk und der BundesMessenger genannt werden. openDesk ist der souveräne Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung, ein wesentlicher Bestandteil für eine selbstbestimmte, sichere und zukunftsfähige öffentliche IT. Er stellt Mitarbeitenden, Administrations- und Betriebsverantwortlichen eine wirksame Open-Source-basierte Alternative im Bereich Arbeitsplatzumgebung zur Verfügung – ein Kernelement zur Stärkung digitaler Souveränität auch in kommunalen Ämtern. Der BundesMessenger stellt Komponenten für eine sichere und digital souveräne Chat-Infrastruktur zur Verfügung und ist für den Einsatz auf allen föderalen Ebenen konzipiert. Die Infrastruktur ermöglicht eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Der IT-Dienstleister BWI ist für die Governance verantwortlich, verifiziert teilnehmende Instanzen, verwaltet die Registrierung und baut somit einen übergreifenden sicheren Kommunikationsverbund auf. Der BundesMessenger ermöglicht es, die Hoheit über die eigenen Daten zu behalten und ist ein wesentlicher Baustein für eine digital souveräne Kommunikation.

Weiterentwicklungen 2024

Open CoDE stellt auch Hilfestellungen bereit, um einen einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen. Bundesweit können alle Behörden die lizenzrechtlichen Anforderungen von Open CoDE bei der Ausschreibung und Förderung von Open Source definieren. Auch Kommunen können eigene Software-Entwicklungen mit einer entsprechenden Rechteposition versehen oder vorhandene Lösungen nachnutzen.

Open CoDE soll 2024 funktional weiterentwickelt werden. Im Bereich IT-Sicherheit und Qualität geht es darum, Behörden künftig auch über die Qualität der Software und bekannte Sicherheitslücken zu informieren. Diese Transparenz ermöglicht es, identifizierte Schwachstellen zu schließen. Gemeinsam mit zwei Fraunhofer-Instituten und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden hierfür automatisierte Checks und ein transparentes Reporting mittels verständlicher Metriken entworfen. Voraussetzung einer Software-Entwicklung in und für Behörden sind Entwicklungswerkzeuge und -umgebungen. Open CoDE kann hierfür künftig professionelle Unterstützung anbieten. So kann eine bessere Verankerung von entsprechenden Lösungen in den Entwicklungsprojekten sowie eine stärkere Unabhängigkeit von proprietären Entwicklungsumgebungen erreicht werden. Die wachsende Zahl von Nutzenden – gerade aus dem kommunalen Bereich – soll durch den Ausbau der Support-Aktivitäten künftig noch unterstützt werden.

Zum ZenDIS überführt

Die Plattform setzt die Vereinbarung der Ampelparteien im Koalitionsvertrag von 2021 um, öffentliche Software-Entwicklung grundsätzlich als Open Source zu beauftragen und die entsprechende Software öffentlich verfügbar zu machen. Darüber hinaus ist Open CoDE Teil der Umsetzung der Deutschen-Verwaltungscloud-Strategie (DVS). Open CoDE wird von der Genossenschaft der öffentlichen IT-Dienstleister, govdigital, und dem govdigital-Mitglied Komm.ONE im Auftrag des Bundesinnenministeriums betrieben und aktiv weiterentwickelt. Mit der Überführung der Verantwortung für Open CoDE zum Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) ab 2024 wird die Plattform noch stärker in die Bund-Länder-übergreifende Zusammenarbeit bei der Digitalisierung der Verwaltung integriert. Aufbauend auf dem qualitativen und quantitativen Wachstum von Open CoDE in diesem Jahr soll die Plattform 2024 dem Anspruch genügen, für die Software-Entwicklung der deutschen Behörden der Ort zu sein, an dem die gesamte Zusammenarbeit stattfindet. Damit könnte die Digitalisierung durch Übernahme vorhandener Lösungen beschleunigt und die Abhängigkeit der Behörden von monopolistischen Marktanbietern weiter verringert werden.

()

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Januar 2024 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Open Government, Open Source, Open CoDE, govdigital, digitale Souveränität